Stand: 15.12.2025 19:10:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11821

"Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11821 vom 08.06.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13702 des KI vom 20.10.2016
3. Beschluss des Plenums 17/13851 vom 26.10.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.06.2016 **Drucksache** 17/**11821**

Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler, Florian Ritter, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib SPD**

Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf das Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016 (Az.: 1 BvR 966/09 und 1 BvR 1140/09) zu berichten, ob und wenn ja, welcher Änderungsbedarf sich aus der Verwerfung einzelner Regelungen zu Ermittlungs- und Überwachungsbefugnissen sowie Regelungen zur Datennutzung und -übermittlung der §§ 20g, 20h, 20j, 20k, 20l, 20m, 20u, 20v, 14 des Bundeskriminalamtgesetzes und aus den weiteren Feststellungen in der Entscheidung hinsichtlich der von der Verfassung an polizeiliche Ermittlungs- und Überwachungsbefugnisse und Datennutzungs- und -übermittlungsvorschriften zu stellenden Anforderungen im Hinblick auf die Datenerhebungsbefugnisse der Bayerischen Polizei nach den Art. 33, 34, 34a – c, 34d und die Datenübermittlungsvorschriften nach Art. 40 ff. des Polizeiaufgabengesetzes ergibt.

Begründung:

In der Entscheidung vom 20. April 2016 hat das Bundesverfassungsgericht eine lange Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit von heimlichen Überwachungsmaßnahmen und der Nutzung und Übermittlung von Daten, die aufgrund solcher Maßnahmen erhoben werden, zusammengeführt. In der Sache selbst hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Ermächtigung des Bundeskriminalamts zum Einsatz von heimlichen Überwachungsmaßnahmen zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus zwar im Grundsatz mit den Grundrechten vereinbar ist, die Ausgestaltung von Befugnissen aber in verschiedener Hinsicht dem verfassungsmäßigen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht genügt. Das Gericht hat verschiedene Regelungen in den Befugnisvorschriften verworfen. Hinsichtlich der Voraussetzungen seien die für die Durchführung zum 1. Januar 2009 in das Bundeskriminalamtgesetz eingeführten Vorschriften teilweise zu unbestimmt und zu weit. Auch fehle es zum Teil an flankierenden rechtsstaatlichen Absicherungen, insbesondere zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung oder zur Gewährleistung von Transparenz, individuellem Rechtsschutz und aufsichtlicher Kontrolle. Die Vorschriften zur weiteren Nutzung der Daten und ihrer Übermittlung seien – sowohl hinsichtlich inländischer als auch hinsichtlich ausländischer Behörden – an etlichen Stellen nicht hinreichend begrenzt.

Die Bayerische Polizei hat wie das Bundeskriminalamt die Befugnis zur Datenerhebung unter dem Einsatz der in Art. 33 Abs. 1 des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) näher bestimmten Mittel, die Befugnis zur Wohnraumüberwachung, zur Telekommunikationsüberwachung, zur Onlinedurchsuchung, die Befugnis zur Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten. Bei den Vorschriften der Art. 33, 34, 34a – c, 34d PAG handelt es sich um landesrechtliche Äquivalente im Polizeiaufgabengesetz zu den in Teilen nun verworfenen §§ 20g, 20h, 20k, 20l, 20m des Bundeskriminalamtgesetzes. Im Lichte der Entscheidung vom 20. April 2016 sind daher insbesondere die Art. 33, 34, 34a – c, 34d PAG, aber auch die Datenübermittlungsvorschriften nach Art. 40 ff. PAG zu überprüfen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.10.2016 **Drucksache** 17/**13702**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler u.a. SPD
Drs. 17/**11821**

Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im zweiten Halbsatz vor den Wörtern „zu berichten“ die Wörter „dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport“ eingefügt werden.

Berichterstatter: **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**
Mitberichterstatter: **Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 6. Juli 2016 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 20. Oktober 2016 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass die einzufügenden Wörter „dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport“ durch die Wörter „dem Landtag“ ersetzt werden.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.10.2016 **Drucksache** 17/**13851**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler, Florian Ritter, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib SPD**

Drs. 17/**11821**, 17/**13702**

Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf das Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016 (Az.: 1 BvR 966/09 und 1 BvR 1140/09) dem Landtag zu berichten, ob und wenn ja, welcher Änderungsbedarf sich aus der Verwerfung einzelner Regelungen zu Ermittlungs- und Überwachungsbefugnissen sowie Regelungen zur Datennutzung und -übermittlung der §§ 20g, 20h, 20j, 20k, 20l, 20m, 20u, 20v, 14 des Bundeskriminalamtgesetzes und aus den weiteren Feststellungen in der Entscheidung hinsichtlich der von der Verfassung an polizeiliche Ermittlungs- und Überwachungsbefugnisse und Datennutzungs- und -übermittlungsvorschriften zu stellenden Anforderungen im Hinblick auf die Datenerhebungsbefugnisse der Bayerischen Polizei nach den Art. 33, 34, 34a bis c, 34d und die Datenübermittlungsvorschriften nach Art. 40 ff. des Polizeiaufgabengesetzes ergibt.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Vereinbarung, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 28 der Anlage. Dies ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Scheuenstuhl, Schmitt-Bussinger und anderer und Fraktion betreffend "Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen" auf Drucksache 17/12340. Dieser Antrag wird in der nächsten Sitzung beraten.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Vereinbarung, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Vereinbarung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zu den Vereinbarungen über die Neuregelungen der Vergütung des durch kirchliches Personal erteilten Religionsunterrichts an Grund- und Mittelschulen sowie an Förderzentren
Drs. 17/12935, 17/13698 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 19. September 2016 (2 BvR 502/16) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen
a) das Endurteil des Oberlandesgerichts München vom 4. Februar 2016 – 1 U 2264/15 –,
b) das Endurteil des Landgerichts München I vom 27. Mai 2015 – 15 O 21894/11 –
PII/G1320.16
Drs. 17/13697 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Förderprogramm flächendeckendes Mobilfunknetz
Drs. 17/11419, 17/13668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Franz Schindler u.a. SPD
Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016
Drs. 17/11821, 17/13702 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum möglichen Engpassmanagement im Stromnetz
zwischen Bayern und Österreich
Drs. 17/11856, 17/13346 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Neue Generation Mobilfunknetze
Drs. 17/11957, 17/13347 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Breitbandförderung transparenter machen
Drs. 17/12030, 17/13345 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in landwirtschaftlichen Anwesen I
Drs. 17/12079, 17/13704 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	A

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in landwirtschaftlichen Anwesen II
Drs. 17/12080, 17/13705 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in bestehenden Anwesen im Außenbereich I
Drs. 17/12081, 17/13344 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in bestehenden Anwesen im Außenbereich II
Drs. 17/12082, 17/13343 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Kinderrechte auch in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen wahren!
Drs. 17/12133, 17/13277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
10.000-Häuser-Programm bürgerfreundlich weiterentwickeln
Drs. 17/12140, 17/13342 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte und Mindeststandards in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen sicherstellen
Drs. 17/12145, 17/13278 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Situation der Kinder und Jugendlichen in den bayerischen Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen
Drs. 17/12146, 17/13279 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kalte Progression abschaffen – Mittlere Einkommen entlasten
Drs. 17/12163, 17/13669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürokratische Entlastung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durch Wiedereinführung des steuerlichen Freibetrags
Drs. 17/12167, 17/13670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Versprechen gegenüber den Bürgern einhalten – Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlags
Drs. 17/12168, 17/13671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entwicklungen im Betrieb und zu Störungen sowie dem Störungsmanagement im Bereich der S-Bahn München und speziell auf der Linie S1 Freising – München-Moosach
Drs. 17/12169, 17/13340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
WLAN-Angebote in Nahverkehrszügen
Drs. 17/12175, 17/13339 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Streit um Satellit des Terminals 2 am Flughafen München
Drs. 17/12180, 17/13672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil I: Freiwillige Moorschutzprogramme endlich auflegen!
Drs. 17/12268, 17/13678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil II:
Informationskampagne zur nachhaltigen Nutzung von Moorflächen starten
Drs. 17/12269, 17/13679 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil III: Schaffung von Agrarumweltmaßnahmen im
Bereich der Bewirtschaftung von Moorflächen
Drs. 17/12270, 17/13680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

25. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Datenschutz bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und
Gartenbau (SVLFG) gewährleisten – Umsetzung der Empfehlung der Bundes-
beauftragten für den Datenschutz und die Informationssicherheit sicherstellen!
Drs. 17/12271, 17/13689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u.a. SPD
Verzinsung bei Rentenzusatzversicherungen und Versorgungswerken
Drs. 17/12273, 17/13673 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Angelika Schorer u.a. CSU
Ambulante Vorsorgeleistungen als Pflichtleistung der Krankenkassen
Drs. 17/12325, 17/13687 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger u.a. und Fraktion (SPD)
Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen
Drs. 17/12340, 17/13674 (A)

der Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbericht BioRegio 2020
Drs. 17/12410, 17/13703 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bessere LTE-Netzabdeckung im bayerischen Grenzgebiet
Drs. 17/12446, 17/13338 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kontrolle der Ausgleichs- und Ersatzflächengemäß Bundesnaturschutzgesetz und Bayerischem Naturschutzgesetz
Drs. 17/12563, 17/13681 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Aktualisierung aller Rote Liste-Arten zügig abschließen und Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität ableiten und umsetzen
Drs. 17/12624, 17/13682 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Bericht und Gutachten zu Personalstandards in der stationären Krankenhauspflege
Drs. 17/12715, 17/13699 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus
Drs. 17/12717, 17/13683 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Umbau und Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg
Drs. 17/9854, 17/13675

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg nicht verschleppen
Drs. 17/12342, 17/13676

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.